

**FRAUEN & GENDER
POLITIK POLITIK**

in der nationalen und
internationalen Arbeit der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsberichte 2004

Deutschland: Spagat zwischen Beruf, Kindern und Pflege

„Kinder kriegen die Leute immer“, wehrte Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahre 1957 die Appelle einiger Minister ab, die statt einer großzügigen Rentenreform lieber eine bessere Ausstattung der Familien haben wollten. Wie sehr der alte Herr irrte, der sich mehr Stimmen von großzügigen Geschenken an Rentner erwartete als von einer Familienpolitik, die diesen Namen verdiente, wissen wir längst. Damals bekam jede Frau im statistischen Durchschnitt 2,6 Kinder, das heißt: Die Bevölkerung wuchs Jahr für Jahr. Heute sind wir bei etwa 1,3 Kindern angelangt, also der Hälfte, und die Bevölkerung schrumpft. Selbst im Jahre 1945 wurden mehr Kinder geboren als in den relativ wohlhabenden und sicheren letzten Jahrzehnten. Zusammen mit Italien, Spanien und Slowenien sind wir Schlusslicht in Europa und haben eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Die Situation wird nach den Berechnungen von Bevölkerungsforschern in Zukunft noch dramatischer werden,

denn die geburtenstarken Jahrgänge wachsen aus dem Lebensalter heraus, in dem man Kinder bekommt.

Lange wurden die für die gesamte Gesellschaft einschneidenden Veränderungen, die sich aus diesen Zahlen ergeben, unterschätzt oder schlicht ignoriert. Viel zu spät wurde die Frage gestellt, was eine alternde und schrumpfende Gesellschaft bedeutet: Für das Wirtschaftswachstum, für die Innovationsfähigkeit eines Landes, für die Lebensqualität, für politische Entscheidungen über Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturen. Es klingt angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen absurd, vor dem Arbeitskräftemangel der Zukunft zu warnen. Doch der scheint unausweichlich, wenn nichts geschieht. Von 82 Millionen Einwohnern sind derzeit 38 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also Steuer- und Beitragszahler. Im Jahre 2040 werden es nur noch 24 Millionen sein, die Hälfte von ihnen älter als 45 Jahre.

Von 82 Millionen Einwohnern sind derzeit 38 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also Steuer- und Beitragszahler. Im Jahre 2040 werden es nur noch 24 Millionen sein, die Hälfte von ihnen älter als 45 Jahre.



Als Hans-Ulrich Klose, damals Vorsitzender einer SPD-Kommission „Demografischer Wandel“, vor zwölf Jahren in einem Buch auf die Folgen hinwies, wurde er von Kollegen in der Politik milde belächelt. Er schrieb:

„Die mittelfristigen und erst recht die langfristigen Effekte der Bevölkerungsentwicklung werden dieses Land und seine Menschen nachhaltiger und einschneidender verändern als viele andere Prozesse, einschneidender selbst als die deutsche Einheit. Sie werden die Gesellschaft prägen: den öffentlichen Sektor der Infrastruktur, die sozialen Sicherungssysteme, den Konsum und die Kultur, die Wohnungsmärkte wie die Arbeitsmärkte, die politischen Machtverhältnisse wie die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, die Mentalitäten wie die Art unseres Zusammenlebens. Seit Mitte der 70er Jahre wird Alterung als Thema in der Fachwelt systematisch diskutiert, ohne von Politik und Wirtschaft hinreichend zur Kenntnis genommen zu werden.“

Inzwischen macht sich niemand mehr Illusionen über die Folgen dieses „Gebärstreiks“ junger Frauen, die anders als die Generation ihrer Mütter und Großmütter die Wahl

haben zwischen einem Leben mit oder ohne Kinder. Ohne massive materielle Hilfen, ohne Unterstützung bei der bisher nur versprochenen, aber nicht realisierten Unterstützung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wird dieses Land immer älter und grauer werden, und irgendwann wird der letzte das Licht ausmachen. Die Verantwortlichen wissen das.

Kinderlasten werden privatisiert

Jede Generation wird künftig ein Drittel kleiner als die zuvor, warnt die Bevölkerungswissenschaft. Und deshalb herrscht nach jahrzehntelanger Ignoranz nun Einvernehmen – parteiübergreifend –, dass nur eine auf die Bedürfnisse junger Frauen konzentrierte Politik Mut machen kann zum Leben mit Kindern. Wenn nichts geschieht, so das bedrohliche Szenarium, das inzwischen und viel zu spät Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Gewerkschaft alarmiert, werden die Deutschen eines Tages aussterben. Und deshalb soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – so DGB-Chef Michael Sommer – „Topthema in diesem Lande werden“. Hoffnung also für junge Frauen, die

heute immer noch vor der schweren Wahl zwischen Kindern oder Karriere stehen, wenn sie sich die jahrelange Mehrfachbelastung nicht zutrauen? Denn bisher wird der Kindernutzen sozialisiert, die Kinderlasten dagegen privatisiert. Übersetzt heißt das: Die Gesellschaft profitiert von jenen, die trotz aller Schwierigkeiten Kinder bekommen. Mütter zahlen die Zeche, durch Verzicht auf Berufstätigkeit, durch schlecht bezahlte Teilzeit-Jobs unter ihrer Qualifikation, durch kleine Renten im Alter.

Warum hat es so lange gedauert, bis das Thema in den Mittelpunkt politischer Diskussionen rückte? Das hatte zum Teil durchaus ehrenwerte Gründe, denn der Staat hatte Skrupel, sich in die privateste Entscheidung von zwei Menschen – nämlich für oder gegen Kinder – einzumischen. Zu tief sind im kollektiven Gedächtnis des Landes die Erinnerungen an die rassistische Bevölkerungspolitik der Nazis mit ihrer Mutterkreuz-Ideologie verankert. Außerdem standen andere Themen

auf der Prioritätenliste. Familienpolitik galt als „weiches Thema“, mit dem man sich beschäftigte, wenn vermeintlich Wichtigeres abgehakt war. Weniger Menschen, so glaubten die einen, könnten einem so dicht besiedelten Land nur gut tun. Besserten sich die Rahmenbedingungen, würden die jungen Frauen schon wieder Kinder bekommen, beruhigten sich die anderen.

Zu lange wollte man also nicht wahrhaben, welche ökonomischen und gesellschaftspolitischen Folgen es haben wird, wenn Geburts- und Sterbedaten dauerhaft unbalanciert sind, wenn Jahr für Jahr weniger Menschen geboren werden als sterben und wenn gleichzeitig dank medizinischer Fortschritte und gesunder Ernährung die Menschen immer älter werden. 18 Prozent der Bevölkerung sind Rentner – Tendenz steigend. Die Rentenlaufzeiten haben sich seit 1960 um 70 Prozent erhöht, von zehn auf 17 Jahre. Das hat auch mit den Frühverrentungen zu tun, vor allem aber mit der für den Einzelnen ja erfreulichen Ent-

wicklung, dass die durchschnittliche Lebenserwartung ständig gestiegen ist und weiter steigen wird.

Mehr berufliche Chancen = mehr Kinder

Viel zu spät setzte eine Diskussion darüber ein, warum andere mit Deutschland vergleichbare westliche Industrieländer – die im Prinzip vor den gleichen Problemen stehen – ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Generationen haben. Warum beispielsweise einige unserer Nachbarn bei einer höheren Frauenerwerbsquote mehr Nachwuchs haben.

In einer gemeinsamen Umfrage von „forsa“, der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, und der Zeitschrift „Eltern“ wurde deutlich, welche Missstände sich in Deutschland ganz unmittelbar auf die Geburtenrate auswirken: Die Hälfte der Befragten hatte Angst um den Arbeitsplatz und wollte deshalb auf Kinder oder weitere Kinder verzichten. 37 Prozent scheuten die Kosten, die Kinder verursachen. Beklagt wurden weiterhin die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten, was dazu führt, dass Eltern in einer Zeit steigender Kosten auf ein Einkommen verzichten müssen. Und das ist klassisch das Einkommen der Mutter.

Das Bundesfamilienministerium hat ausgerechnet, dass ein Kind bis zur Aufnahme eigener Berufstätigkeit durchschnittlich 366.000 Euro kostet. Alle privaten und öffentlichen Kosten wurden zusammengetragen: Unterhalt des Kindes, Betreuung und Bildung, der Verdienstaufschlag der Mutter, ihre entsprechend kleinere Rente usw. 75 Prozent aller Kosten tragen die Eltern direkt, der Staat



nur 25 Prozent. Es ist also nicht verwunderlich, wenn vor allem junge Mütter klagen, das gesamte Klima im Land sei schwierig für Familien. Und so wird die Familienplanung nach dem ersten Kind korrigiert. Statt der ursprünglich von den Eltern geplanten zwei Kinder bleibt es bei einem. „Babyschock“ nennt das die Familienwissenschaft. Denn zwei und mehr Kinder würden noch höhere Kosten und noch längeren Verzicht auf eigene Berufstätigkeit der Frauen bedeuten. Da moderne Verhütungsmittel etwa seit Mitte der 60er Jahre Frauen die Wahl lassen, wird die Entscheidung gerade bei gut ausgebildeten Frauen immer weiter hinausgeschoben – oft, bis es zu spät ist.

Neidvoll blicken deutsche Politikerinnen, die sich mit den Ursachen und Folgen der niedrigen Geburtenraten beschäftigen, deshalb auf andere Länder – und besonders gerne nach Skandinavien. Bundesfamilienministerin Renate Schmidt las vor einiger Zeit Managern deutscher Großbetriebe die Leviten und erntete von den Frauen im Plenum viel Beifall, als sie sagte: „In Schweden kann sich ein leitender männlicher Angestellter leisten, um 15 Uhr zu sagen, ich muss jetzt meine Kinder aus der Kita abholen und das wird akzeptiert. Bei uns wird gesagt, so ein Waschlappen, das soll doch seine Frau machen.“

Tief beeindruckt war die frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis von einer kleinen Szene während eines Be-

suchs bei der schwedischen Regierung. „Da fuhr ein Dienstwagen vor, eine junge Frau mit einem Baby stieg aus. Ein Mitarbeiter holte den Kinderwagen aus dem Kofferraum und klemmte ihn unter den Arm. Der Chauffeur trug die Akten. Die junge Mutter war eine Ministerin auf dem Weg zur Kabinettsitzung. Unvorstellbar bei uns.“

Kinderlos trotz Kinderwunsch

In Deutschland sind 40 Prozent der heute 40-jährigen Akademikerinnen kinderlos. Insgesamt bleibt etwa ein Drittel der Frauen vom Jahrgang 1965 und später ohne Nachwuchs. Die meisten kinderlosen Frauen, so sagen Untersuchungen seit Jahren, hätten gerne Nachwuchs gehabt. Doch entweder fehlte es in den entscheidenden Jahren an einem zuverlässigen Partner oder sie fürchteten realistisch, auf eine auch nur bescheidene Karriere verzichten zu müssen.

Seit einigen Jahren registrieren Bevölkerungsforscher wie Reiner Klingholz vom Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung ein weiteres anscheinend spezifisch deutsches Problem. In einigen ostdeutschen Landkreisen kommen inzwischen auf 100 Männer nur noch 76 Frauen. Der Grund? Die jungen Frauen sind oft wesentlich qualifizierter als die Männer und wegen der schlechten Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland zur Mobilität gezwungen. Sie wandern ab, vor allem nach Süddeutschland, in den Köln-



Bonner Raum, nach Hamburg und Berlin. Das sind gleichzeitig die Regionen, die die besten Aussichten haben, ihre Bevölkerung auch in Zukunft relativ stabil zu halten. Nicht weil dort mehr Kinder geboren werden, sondern wegen dieser Zuwanderung von jungen Menschen. Die hohe Qualifikation vieler jüngerer Frauen hat Folgen auch für die private Zukunftsplanung. Etwas pauschal gesagt: Frauen neigen dazu, „nach oben“ zu heiraten oder sich zumindest Partner auf gleicher Augenhöhe zu suchen. Männer dage-

Das Bundesfamilienministerium hat ausgerechnet, dass ein Kind bis zur Aufnahme eigener Berufstätigkeit durchschnittlich 366.000,- € kostet. Alle privaten und öffentlichen Kosten wurden zusammengetragen.

gen meiden eher die intellektuelle und materielle Konkurrenz zu Hause, möchten der überlegene Teil in einer Lebenspartnerschaft sein. Beispiel Reiner Klingholz: Chefarzt und Krankenschwester ist normal, Chefärztin und Krankenpfleger nicht. Und das hat Folgen, denn je anspruchsvoller Frauen durch ihre eigene Ausbildung sind, desto schwerer tun sie sich damit, einen Partner zu finden, mit dem sie eine Familie gründen wollen. Auch das erklärt die hohe Zahl von Single-Haushalten in jüngeren und mittleren Jahren.

Die Frauen lassen sich immer seltener und wenn, dann nur ungern, auf das klassische Modell ein: Vater ist der Ernährer, Mutter arbeitet halbtags mit oder bleibt ganz zu Hause. Das Ehegattensplitting und die Möglichkeit langer Auszeiten durch die Elternzeit fördern allerdings immer noch das traditionelle Familienmodell. In über der Hälfte aller Familien mit Kindern unter sechs Jahren verdient der Mann allein das Geld. Nur sechs Prozent der Paare aber sind mit dieser Arbeitsteilung zufrieden. Die große Mehrheit der Paare kapituliert nur vor den Schwierigkeiten: Flexible Arbeitszeiten sind rar. Sie finden keine Betreuung für ihre Kinder, die beiden Eltern eine Berufsarbeit möglich macht. Die Kosten für Ganztagskindergarten, Tagesmutter, Kinderfrau oder Au pair sind so hoch, dass sich die doppelte Berufstätigkeit nicht rechnet. Viele Frauen machen dann die frustrierende Erfahrung, dass der geplante Ausstieg auf Zeit zu einem ungewollten Ausstieg für immer führt oder zu einer Reihe von – meist befristeten – Jobs, die ihrer einstigen Ausbildung und ihren Ansprüchen

auf Unabhängigkeit nicht entsprechen. Das ist kein Lebensmodell, das sich jungen Frauen mit Abitur und Studium zur Nachahmung empfiehlt.

Milliarden teure Investitionen notwendig

Politik und Wirtschaft sehen den Zusammenhang zwischen niedriger Geburtenrate und verweigerter beruflichen Chancen für Frauen, die sich auf das Abenteuer Familie einlassen wollen, durchaus. Und sie müssen nun ausgerechnet in einer Zeit gegensteuern, jahrzehntelange Versäumnisse korrigieren, in der um jeden Cent gefeilscht wird. Kommunen, Länder, Bund sind guten Willens, die Kinderbetreuung auszubauen – doch die Kassen sind leer. Zum 1. Januar 2005 ist das so genannte „Tagesbetreuungsausbaugesetz“ in Kraft getreten, das Kommunen verpflichtet, bis zum Jahre 2010 ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten anzubieten. Milliardenbeträge werden notwendig sein. Für den Familienwissenschaftler Max Wingen sind das alternativlose „Investitionen in die Zukunftssicherung“. Auch die Wirtschaft weiß, dass sie in wenigen Jahren auf die Arbeitskraft der jungen Mütter angewiesen sein wird, weil es in einer überalterten und schrumpfenden Gesellschaft an qualifizierten Arbeitskräften fehlt, weil die Sozialversicherungssysteme aus dem Ruder laufen, weil bisher niemand eine Antwort darauf hat, wer die dramatisch zunehmende Zahl sehr alter und pflegebedürftiger Menschen finanzieren und pflegen wird.

Keine junge Frau aber bekommt heute Kinder, damit morgen die Rente noch bezahlt werden kann. Das sind für die jungen Paare, vor allem die jungen Frauen, eher abstrakte Überlegungen. Ihre Realität wird bestimmt von dem Wissen, dass sie als Mütter wenig Chancen haben, im Bewerbungsgespräch potenzielle Arbeitgeber von ihren Fähigkeiten zu überzeugen. Kinder gelten im Berufsleben als eine Art Behinderung. Übrigens nur bei Frauen. Bei männlichen Bewerbern ist Nachwuchs, also „ordentliche Familienverhältnisse“ eher ein Plus.

Wenn Frauen ihren Kinderwunsch hinausschieben, bis es zu spät ist, dann hat das mit harten Fakten zu tun: Für nur drei Prozent der unter Dreijährigen gibt es einen Krippenplatz. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für die Drei- bis Sechsjährigen ist beschränkt auf einen halben Tag, vielleicht noch einmal auf zwei Stunden am Nachmittag. Das wirkliche Elend für berufstätige Mütter aber beginnt mit der Grundschulzeit, mit den nach wie vor unberechenbaren Stundenplänen, den fehlenden Hortplätzen, dem Zwang, die Nachmittage als unbezahlte Hilfslehrerinnen zu verbringen und den langen Ferien. Angesichts der hohen Zahl der Scheidungen – in Großstädten geht jede zweite Ehe auseinander – müssen sich verantwortungsbewusste Frauen auch fragen, ob sie sich und ihre Kinder im Zweifelsfall alleine ernähren können – ohne zum Sozialhilfefall zu werden.

Auch in stabilen Beziehungen können sie auf die Männer nur in Ausnahmefällen zählen. Angefangen von der verschwindend geringen

Zahl der Väter, die sich auf die Elternzeit einlassen – es sind immer noch nur knappe fünf Prozent – bis zu Personalchefs, die kinderlose Bewerberinnen bevorzugen, stoßen Frauen an eine gläserne Decke, wenn sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leben wollen.

Es ist also ein ganzes Bündel von Gründen, das zu dem geführt hat, was man heute „die drohende demografische Katastrophe“ nennt. Finanzielle Hilfen allein bieten keinen Ausweg, sonst müsste Deutschland ein Paradies für Familien sein. Wir sind das Land mit den längsten Job-Auszeiten mit Rückkehrgarantie in den Beruf. Ehegattensplitting, Kindergeld, Steuervergünstigungen und zahlreiche andere Transferleistungen addieren sich zu enormen Summen. Für Kindergeld allein gibt der Staat im Jahr 30 Milliarden Euro aus. Die Betreuung der Kinder ist Bund, Ländern und Gemeinden nach einer Rechnung der Bundesbank allerdings nur sieben Milliarden Euro wert. Man weiß längst, dass auch ein hohes Kindergeld von zur Zeit gut 150 Euro pro Kind die Geburtenrate nicht steigern kann, so lange einer der raren Kita- oder Kindergarten-

plätze einschließlich Mittagessen den bürgerlichen Mittelstand zwischen etwa 300 und mehr als 400 Euro im Monat kosten kann. Es wird vermutlich im Vergleich zu unseren Nachbarländern nicht zu wenig Geld ausgegeben für die Familien, sondern an der falschen Stelle.

Aktive Familienpolitik bringt Geld in die Kassen

Auch wenn es den Königsweg nicht gibt, bleibt eine aktivere Familienpolitik alternativlos. Mittelfristig würde sich das, so machen Volkswirte und Bevölkerungswissenschaftler der Politik Mut, sogar rechnen – sowohl für die jungen Frauen, denen eine Entweder-oder-Entscheidung erspart bleibt als auch für die Gesellschaft. Eine vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung (DIW) sagt eindeutig, dass für jeden Euro, der für Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand ausgegeben wird, drei

bis vier Euro in die öffentlichen Kassen gespült werden: durch zusätzliche Einnahmen für die Sozialversicherungen und die Steuerkassen und durch weniger Sozialhilfeleistungen. Auch für die Wirtschaft rechnet sich laut Prognos-Institut familienfreundliches Verhalten. Die Kalkulation sieht so aus: Wenn eine Firma mit 1.500 Mitarbeitern im Jahr 305.000 Euro ausgibt für Kindergarten, flexible Arbeitszeiten und Telearbeit, spart sie im Jahr 380.000 Euro, macht einen Gewinn von 75.000 Euro. Der Spareffekt ergibt sich aus der Mitarbeiterbindung an das Unternehmen, aus kürzerer Elternzeit und damit gesparten Einarbeitungskosten.

Bevölkerungswissenschaftler wie Professor Josef Schmid stützen diese Thesen. „Wenn man bevölkerungspolitisch eine Umkehr erreichen will, muss man bei Ganztageskrippen, -kindergärten, -schulen ansetzen.“ „Geld allein hilft wenig“, antwortet er jenen, die sich für eine weitere Erhöhung des Kindergeldes

Wenn man bevölkerungspolitisch eine Umkehr erreichen will, muss man bei Ganztageskrippen, -kindergärten, -schulen ansetzen. Geld allein hilft wenig!



einsetzen oder für andere zusätzliche Mittel zur Geburtenförderung. „Wenn nicht gegengesteuert wird“, so seine und seiner Kollegen Warnung, „dann macht wirklich irgendwann der Letzte das Licht aus.“

Immer noch halten viele Politiker solche Berechnungen für Schwarzmalerei und sagen, in einem reichen Land mit einer guten Infrastruktur in der Mitte Europas würde kein Vakuum entstehen. Man könne die Probleme durch gezielte Zuwanderung lösen. In Zahlen: 200.000 beruflich qualifizierte Zuwanderer pro Jahr, die in das Anforderungsprofil einer hochentwickelten Industriegesellschaft passen, könnten einen Teil der Probleme lösen, wenn gleichzeitig mehr Frauen in jüngerem Alter als heute Kinder bekommen würden. Will man die Bevölkerungszahl von heute 82 Millionen halten, müssten es allerdings sehr viel mehr Zuwanderer sein, und zwar Menschen, die in einer Wissensgesellschaft gebraucht werden. Leider haben die Deutschen in den letzten Jahren lernen müssen, dass ihr Land etwa für junge Menschen im High Tech-Bereich längst nicht das Land ihrer Wahl ist. Zu hoch sind die bürokratischen Hürden, zu hoch auch die Sprachbarrieren. Die so geringschätzig „Computer-Indier“ genannten IT-Spezialisten gehen deshalb lieber gleich in die USA. Und international ausgerichtete Konzerne machen sogar die Erfahrung, dass die fehlenden Ganztagschulen und die schlechte Kinderbetreuung insgesamt sich als Bremserweisen. Junge ausländische Paare, die man gerne einige Jahre in den deutschen Konzernzentralen hätte, würden abwinken, wenn sie mit der deutschen Familienrealität



konfrontiert werden, ist die Erfahrung von Vorstandsmitgliedern und Personalchefs. Insgesamt nimmt die Zuwanderung nach Deutschland ab und war 2003 auf dem niedrigsten Stand seit 1991. 769.000 Menschen sind zugezogen, 626.000 abgewandert. Der Trend scheint sich fortzusetzen, heißt es im letzten Migrationsbericht der Bundesregierung. Gründe sind einmal die schwierige Arbeitsmarktlage, zum anderen die strengeren Bedingungen für Spätaussiedler und ihre Familienmitglieder. Die Hoffnung auf Nachwuchs durch Zuzug ist auch aus anderen Gründen trügerisch. Selbst Frauen, die aus jungen, kinderreichen, traditionell kinderfreundlichen Kulturen kommen, passen ihr – wie das heißt – „demografisches Verhalten“ rasch den deutschen Realitäten an.

Die „Sandwich-Generation“

Sind die Kinder erwachsen, wird die Situation in immer mehr Familien nicht einfacher. Während die Eltern noch das Studium von Sohn und Tochter finanzieren, brauchen unter Umständen schon die eigenen, alt gewordenen Eltern praktische und materielle Hilfe. Auch bei guter Rente ist ein Platz im Alten- oder gar Pflegeheim heute ohne Hilfe kaum zu finanzieren, wenn kein Vermögen da ist.

Nicht ohne Grund nennt man die mittlere Generation die Sandwich-Generation: Noch verantwortlich für die eigenen Kinder und schon verantwortlich für die Eltern. Selbst wenn die in der eigenen Wohnung leben, brauchen sie mehr Zuwendung: Regelmäßige Besuche, oft über weitere Entfernungen, Hilfe im All-

tag, Chauffeursdienste bei Arztbesuchen. Wie eh und je liegt die Verantwortung überwiegend bei den Töchtern und Schwiegertöchtern. 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden heute zu Hause versorgt, entweder in der eigenen Wohnung oder in einer Hausgemeinschaft mit den Kindern. Für die Zukunft können sich das nur 45 Prozent der Bundesbürger vorstellen. Und damit sind sie Realisten, wie Zahlen beweisen: Etwa zwei Millionen Menschen sind derzeit auf Hilfe angewiesen. Im Jahre 2020 werden es 2,9 Millionen sein und im Jahre 2050 dann 4,7 Millionen. Wer aber soll die „Hochbetagten“ pflegen, wenn ihre Zahl wächst und die der jungen Leute schrumpft? Und wer soll sich um die kinderlosen Singles kümmern? Und wer trägt die Kosten, wenn es keine unterhaltspflichtigen Kinder gibt?

Das Durchschnittsalter wird dank des medizinischen Fortschritts weiter wachsen, von heute 75 Jahren auf erfreuliche 83 Jahre bei Männern, von 82 auf 88 Jahre bei Frauen. Das prophezeit uns die Wissenschaft für die nächsten Jahrzehnte. Wenn selbst bei den über 95-Jährigen von heute nur neun Prozent in Heimen leben (und das Durchschnittsalter beim Umzug ins Heim 83 Jahre ist), dann heißt das in vielen Fällen, dass die hochbetagten Eltern von Töchtern und Schwiegertöchtern versorgt werden. Diese sind oft selbst schon im Rentenalter und müssen – früher der Kinder wegen, nun der Alten wegen – auf die Erfüllung eigener Lebenswünsche weiterhin verzichten. Studien der Altersforscherin Ursula Lehr haben immer wieder aufgezeigt, wie sehr diese Frauen sich psychisch und physisch über-

Etwa zwei Millionen Menschen sind derzeit auf Hilfe angewiesen. Im Jahre 2020 werden es 2,9 Millionen sein und im Jahre 2050 dann 4,7 Millionen. Wer aber soll die „Hochbetagten“ pflegen, wenn ihre Zahl wächst und die der jungen Leute schrumpft?

fordern, vor allem wenn sie sich um demente Angehörige kümmern. An einer Demenz leiden in Deutschland heute fast eine Million der über 65-Jährigen, bei den über 95-Jährigen ist es jeder oder jede Zweite.

Die Zukunft sieht also für Frauen, die sich verantwortlich fühlen für die Familie, nicht rosig aus. Teilten sich früher mehrere Geschwister die materielle und die direkte Sorge für die alt gewordenen Angehörigen, so ruht in Zukunft die Verantwortung oft auf den Schultern des einzigen Kindes, sprich: der Tochter oder Schwiegertochter. Sie wird mehrfach belastet sein. Denn wenn die Gesellschaft schrumpft und gleichzeitig die Zahl der Rentner mit einer immer längeren Lebenszeit zunimmt, dann bedeutet das vermutlich eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für alle, die noch fit sind. 25 und mehr Jahre Rentenlaufzeit werden nicht finanzierbar sein von den weniger werdenden Arbeitnehmern, den kleinen Selbständigen, den Mini-Jobbern. Die goldenen Jahre des immer

früheren Ruhestandes bei lebensstandard-sichernder Versorgung gehen zu Ende. Ein Rentenalter von 67, vielleicht sogar von 70 und mehr Jahren ist in der Diskussion, weil künftig jede Hand – und jeder Kopf – gebraucht wird, aber auch, weil anders die Sozialversicherungssysteme nicht mehr finanzierbar sind. Die Frauen haben hier schon in der Vergangenheit einen großen Beitrag geleistet – ohne zu murren oder zu demonstrieren. Durften sie früher mit 60 Jahren, also fünf Jahre vor den Männern, in die Rente gehen, so ist ihr Rentenalter inzwischen längst dem der Männer angepasst. Früher in den Ruhestand geht es nur mit spürbaren Abschlägen, was sich gerade Mütter mit ihrer lückenhaften Berufsbiografie immer weniger leisten können. Denn ihre Durchschnittsrente ist traditionell niedriger als die der Männer: Sie verdienen weniger, sie haben wegen der Kinder jahrelang mit dem Beruf ausgesetzt, haben Teilzeitarbeit geleistet, weil Haushalt und Kinder trotz eigener Berufstätig-





tigkeit besonders in Deutschland weitgehend als „Frauensache“ galten und wohl immer noch gelten.

Wenn sie Pech haben, bleiben sie auch als Rentnerinnen die „Hamster im Rad“, die sie in der Zeit der Kinderbetreuung waren: Es ist nicht selten, dass 65-jährige Frauen sich zusätzlich um hochbetagte Eltern kümmern und wenn sie 75 und älter sind, um ihren pflegebedürftigen Ehemann.

Solidarität wird bestraft

Es sind also die vielfach belasteten Frauen, die auch den größten Beitrag für die gesamte Gesellschaft leisten und zwar in mehrfacher Beziehung. Familien mit Kindern bleibt wenig Geld für die „Riester-Rente“ übrig, vor allem Frauen machen kaum Gebrauch davon. „Wer im Privaten Solidarität lebt, wird im staatlichen Solidarverband bestraft“, hat die Bundesverfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt geschrieben. Alt gewordene Singles nehmen soziale Leistungen sehr viel stärker in Anspruch als Familien, die solche Leistungen erst gar nicht abrufen,

„Wo der Arbeitsplatzzerhalt immer unsicherer, die zeitliche und örtliche Verfügbarkeit der Arbeitskraft immer grenzenloser wird und Kinder dabei immer hinderlicher sind, wird Familie in der schönen neuen Welt der flexiblen Einzelkämpfer um einen Platz an der Arbeitssonne zum Klotz am Bein. Wen wundert es noch, dass immer mehr junge Menschen trotz ihres ungebrochenen Kinderwunsches vor einer Familiengründung zurückschrecken?“

rechnet sie vor. Ehefrauen, Töchter, Schwiegertöchter entlasten und subventionieren die Pflegeversicherung ganz direkt durch persönliche Pflege. Ein weiteres einleuchtendes Beispiel von vielen, das sie nennt: In Großstädten mit einer hohen Zahl an Single-Haushalten ist die Zahl von Krankenhauspatienten und deren Verweildauer deutlich höher als in Regionen mit einem größeren Anteil an Familienhaushalten. „Hilfsorganisationen im Privaten“ nennt die Richterin dies und zeigt, wie gerade Frauen mit Familie und Verantwortungsgefühl bei hoher Belastung sozial abgehängt werden: Bei Einkommen und Karriere, bei der Altersversorgung. Ihr Fazit:

„Wo der Arbeitsplatzzerhalt immer unsicherer, die zeitliche und örtliche Verfügbarkeit der Arbeitskraft immer grenzenloser wird und Kinder dabei immer hinderlicher sind, wird Fami-

lie in der schönen neuen Welt der flexiblen Einzelkämpfer um einen Platz an der Arbeitssonne zum Klotz am Bein. Wen wundert es noch, dass schon jetzt immer mehr junge Menschen trotz ihres ungebrochenen Kinderwunsches vor einer Familiengründung zurückschrecken?“

Vieles mag sich in den nächsten Jahren bessern für die heute jungen Frauen. Statt hoher Arbeitslosigkeit dürfte Arbeitskräftemangel herrschen, vor allem in den qualifizierten Berufen, im Dienstleistungssektor, im Bereich Gesundheit und Pflege. Dann werden Wirtschaft und Staat ganz pragmatisch reagieren und auch Frauen mit Kindern umwerben, weil sie auf jede gut ausgebildete Arbeitskraft angewiesen sind. Frauen aller Altersstufen werden davon profitieren: Die Betriebe werden jungen Müttern flexible Arbeitszeiten und vielleicht sogar Betriebskinder-

gärten bieten. Die Schulen werden sich so organisieren, dass Eltern und Kinder gemeinsam nach Hause kommen – wie das in vielen unserer europäischen Nachbarländer seit Jahrzehnten selbstverständlich ist.

Es gibt Auswege – aber nicht zum Nulltarif

Bei all dem Lamentieren über die vergreisende Republik und den angeblichen Hedonismus junger Frauen wird eines gerne vergessen: Die Welt ist jung, alt sind nur die klassischen Industrieländer. Gewiss, Zuwanderung wird nicht alle unsere Probleme lösen können – und sie bringt neue mit sich. Die Folgen verweigerter Integrationsanstrengungen in der Vergangenheit erleben wir täglich. Und doch werden wir die Diskussion führen müssen, ob wir weiterhin in Beschaulichkeit gemeinsam alt werden oder ob wir nicht doch die Türen weiter aufmachen wollen für Menschen aus anderen Regionen und anderen Kulturen. Was heute schon im großen Stile illegal geschieht, nämlich dass Frauen aus Peru oder den Philippinen unsere Wohnungen sauber halten, dass Russinnen sich um die Kinder kümmern, Rumäninnen altersgebrechlichen Menschen das Pflegeheim ersparen – und damit uns allen viel Geld – wird stillschweigend geduldet. Doch wir gehen immer noch nicht ehrlich mit dem Thema um, denn eine Legalisierung dieser Realität ist nicht in Sicht. Zu fremd ist immer noch der Gedanke, dass deutscher Nachwuchs milchkaffeefarben sein könnte, mandelförmige Augen und schwarze Locken hat. In den USA, in Kanada und Australien, klassischen Einwanderungsländern, ist

das längst Alltag. Und niemand muss dort die „demografische Katastrophe“ fürchten oder das Regiment egoistischer Greise.

Viel wurde in den letzten Jahren geschrieben über den kommenden Krieg der Generationen. Noch ist die Generation im Rentenalter, die gelernt hat, das Geld zusammenzuhalten, die den eigenen Kindern beim Hausbau half und den Enkeln beim Studium. Doch was wird sein, wenn eine selbstbewusste Generation mit einem starken Anteil an Singles ins Alter kommt? Werden sie mit ihrer Macht, die sich aus ihrer hohen Zahl ergibt, den Alltag der Jüngeren prägen? Nach dem Motto: Mehr Golf- als Bolzplätze. Altengerechte statt familiengerechte Wohnungen. Altenzentren statt Kindergärten. Immer höhere Ausgaben für Rente und Pflege, immer weniger für die Familien.

Mit politischen und gesellschaftlichen Weichenstellungen lassen sich solche Horror-Szenarien auch heute noch verhindern, könnte sich die Bevölkerung in Deutschland auf einem niedrigeren Niveau – Bevölkerungswissenschaftler halten eine Zahl von etwa 60 Millionen für realistisch – wieder einpendeln. Das aber wird nur gelingen, wenn junge Frauen, die Mütter werden möchten, die gleichen Lebenschancen bekommen wie ihre männlichen Partner, wenn sich nicht mehr reichsparen kann, wer auf Kinder verzichtet und Armutrisiken eingeht, wer das Abenteurer Familie wagt.

Die höchste Geburtenrate hat Irland. Die Familienpolitik dort ist nicht besser oder schlechter als in vielen anderen Ländern. Vielleicht spielt die katholische Religion dort eine größere Rolle als anderswo. Direkt auf Irland mit 1,97 Kindern pro Frau folgt Island mit 1,93 Kindern. 90 Prozent aller Isländerinnen sind erwerbstätig.

Ein Blick über die Grenzen: Warum schaffen andere, was in Deutschland nicht möglich ist?

Alle Erklärungen der Wissenschaftler stoßen schnell an ihre Grenzen. Warum zum Beispiel haben Italien, Griechenland und Spanien – drei als besonders kinderfreundlich geltende Länder – die niedrigsten Geburtenraten von 17 untersuchten europäischen Ländern? Wo doch immer wieder behauptet wird, die Kinderfeindlichkeit in Deutschland sei einer der wichtigsten Gründe für die Verweigerung des Nachwuchses.

Die höchste Geburtenrate hat Irland. Warum? Die Familienpolitik dort ist nicht besser oder schlechter als in vielen anderen Ländern. Vielleicht spielt die katholische Religion dort eine größere Rolle als anderswo. Vielleicht auch die – trotz des immensen Wirtschaftswachstums – immer noch stark ländlich geprägte Struktur des Landes.

Direkt auf Irland mit 1,97 Kindern pro Frau folgt Island mit 1,93 Kindern. 90 Prozent aller Isländerinnen sind erwerbstätig. In Italien, Griechenland und Spanien sind es nur jeweils etwa 60 Prozent. Bevölkerungswissenschaftler sehen da einen Zusammenhang: Je leichter es Frauen gemacht wird, trotz mehrerer Kinder im Beruf zu bleiben, desto eher lassen sie sich auf das zweite oder dritte Kind ein. Die vergleichsweise günstige Situation in den skan-

dinavischen Ländern Norwegen, Finnland, Schweden und Dänemark stützt diese Theorie. Dort ist die Frauenerwerbstätigkeit hoch, die Zahl der Kinder sehr viel höher als beispielsweise in Deutschland oder den Mittelmeerländern. Die – relativ – geburtenstarken Länder des Nordens haben eines gemeinsam: In diesen Staaten wird seit vielen Jahrzehnten eine aktive Familienpolitik gemacht. Sie setzen nicht in erster Linie auf Steuererleichterungen und finanzielle Zuwendungen für Familien. Dagegen ist öffentliche Kinderbetreuung von der Krippe bis zur Ganztagschule eine Selbstverständlichkeit. Das führt dazu, dass Frauen genau wie Männer erwerbstätig sind, also ihre ökonomische Selbständigkeit behalten und nicht in finanzielle Abhängigkeit vom „männlichen Ernährer“ geraten. Gleiche Rechte und Pflichten für Männer und Frauen in Beruf und Familie sind dort zusa- gen Staatsdoktrin.

Es kommt noch etwas hinzu, vermuten die Forscher. Der lange Atem in der Familienpolitik, also die Verlässlichkeit für die Menschen, die über eine Familiengründung nach-

denken. Skandinavische Eltern und solche, die es werden wollen, haben Planungssicherheit. Sie wissen, dass sie nicht – wie immer noch in Deutsch-

Frankreich: Bevölkerungspolitik ist kein Tabu

Ein gutes Beispiel dafür ist Frankreich: Mit 1,89 Kindern pro Frau (in Deutschland 1,31) steht das Land an dritter Stelle von 17 untersuchten west- und südeuropäischen Ländern. Die Vereinbarkeit von Kindern und Karriere ist für Französinen eine Selbstverständlichkeit. Konsequente Familienpolitik wird dort kontinuierlich seit mehr als einem Jahrhundert betrieben. Und man hat sich nie gescheut, dies ganz offen unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten zu tun. In früheren Jahrzehnten standen materielle Hilfen im Vordergrund, heute sind es organisatorische. Frankreich konnte dies unbefangen tun. Deutschland nicht, denn durch die Mutterkreuz-Ideologie der Nazizeit war jede Form von gezielter und öffentlich debattierter Bevölkerungspolitik verpönt. Es lohnt sich, die Situation im Nachbarland

land – um einen Betreuungsplatz für ihr Kind betteln müssen. Niemand unterstellt berufstätigen Frauen „Rabenmutter-Verhalten“.

Frankreich genauer anzuschauen, denn sozial-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitisch sind die beiden Länder Deutschland und Frankreich in vielem vergleichbar:

Der französische Wirtschaftswissenschaftler und Vorsitzende des Geopolitischen Instituts Yves-Marie Laulan erklärte in einer Sendung des Deutschlandfunks vom 14. 2. 05: „In Frankreich ist Demografie zu einer intellektuellen Disziplin geworden, die auch in den Medien einen festen Platz einnimmt.“ Im Gegensatz zu Frankreich, wo Demografie als Wissenschaft sehr ernst genommen und viel öffentlich diskutiert wird, habe die politische Klasse in Deutschland das Thema „Bevölkerungspolitik“ aus Angst vor negativen Konnotationen dieses Begriffes mit der Nazi-Zeit systematisch verschwiegen und die Bürger nie vor den (wirtschaftlichen) Gefahren des Schrumpfungsprozesses der Bevölkerung gewarnt.

Demografische Entwicklung

Das Schaubild der Bevölkerungspyramide wird sich auch in Frankreich in den nächsten Jahren mehr zur „Pilzform“ hin entwickeln, allerdings werden die Bevölkerungszahlen der jungen Generationen aufgrund der relativ stabilen Geburtenrate nicht so stark rückläufig sein wie z.B. in Deutschland.



Auffallend war in den letzten Jahren, dass die Lebenserwartung von Frauen im Schnitt fast acht Jahre mehr betrug als die der französischen Männer (durchschnittliche Lebenserwartung 2000: Frauen 82,2 Jahre, Männer 75,2 Jahre). Dieser Abstand hat sich in den vergangenen Jahren ein wenig verringert, für 2004 liegen die Zahlen von 83,8 Jahren für Frauen und 76,7 Jahren für Männer vor. Französinnen haben damit eine der höchsten Lebenserwartungen weltweit.



Ein gutes Beispiel dafür ist Frankreich: Mit 1,89 Kindern pro Frau (in Deutschland 1,31) steht das Land an dritter Stelle von 17 untersuchten west- und südeuropäischen Ländern.

Geburtenrate

Frankreich hat mit einer (relativ stabilen) Geburtenrate von 1,9 Kindern pro Frau eine der höchsten Geburtenraten in der EU. Der Trend weist darauf hin, dass Französinnen zunehmend später dem Kinderwunsch nachgeben (Daten Insee): Das Durchschnittsalter der französischen Mutter lag im Jahr 2004 im Schnitt bei 29,6 Jahren (1990 noch bei 28,3). Kamen 1980 nur 3 Geburten auf 100 Französinnen über 40, sind es 2004 schon 6,4. Die unter 25-Jährigen hingegen lassen sich mit dem Mutterwerden immer mehr Zeit, statt 60,8 Geburten im Jahr 1980 kommen 2004 nur 27,5 Geburten auf 100 Frauen dieser Altersgruppe.

Das Bevölkerungswachstum hängt nur bedingt mit der Einwanderung zusammen; die Geburtenzahl der eingewanderten Französinnen hat heute fast den nationalen Schnitt erreicht. „Der Anstieg der Geburtenrate der vergangenen Jahre lässt sich, im Gegensatz zu den neunziger Jahren, nicht mehr auf die Gebärfreudigkeit junger Einwanderinnen zu-

rückführen, sondern stützt sich nach demografischen Erkenntnissen auf die Geburtenfreudigkeit der Französinnen zwischen dreißig und fünfunddreißig, die soziokulturell gehobenen Gruppen angehören.“ (FAZ 22.1.05)

Kinderbetreuung und Familienpolitik

Voraussetzung dafür sind unter anderem die zahlreichen staatlichen Vorkehrungen wie personeller und finanzieller Ausbau der Kinderbetreuung: 450.000 Frauen arbeiten als staatlich anerkannte assistantes maternelles (Tagesmutter); der Betreuungsbereich soll noch weiter ausgebaut werden. Ganztägige Kinderbetreuung ist ab dem dritten Lebensjahr zu 99% durch die écoles maternelles (Kindergarten) garantiert. Sie unterstehen dem Bildungsministerium, ihr Besuch ist freiwillig und kostenlos.

Kindergeld (allocations familiales) gibt es erst ab dem zweiten Kind – ein deutlicher Hinweis dafür, dass die französische Familienpolitik direkt

auf die Zwei- oder sogar Drei-Kind-Familie ausgerichtet ist. Im Vergleich mit Deutschland erscheint der Betrag relativ gering: für zwei Kinder bekommt man insgesamt 115,07 € im Monat, für drei Kinder 262,49 € im Monat, für jedes weitere Kind zusätzlich 147,42 €/Monat.

Stellt ein Elternteil die Arbeit vorübergehend ein oder arbeitet halbtags, werden neben dem Kindergeld zusätzlich 512,64 € (bei Einstellung der Arbeit), 338,96 € bzw. 256,34 € (abhängig von der Teilzeitarbeit) an die Familien ausbezahlt – allerdings nur bei mehr als zwei Kindern im Haushalt, von denen eines unter drei Jahren ist.

Die Kinderbetreuung soll ein Angebot für alle sozialen Schichten sein, weshalb Eltern als Arbeitgeber für die private Betreuung ihrer Kinder Zuschüsse für Gehalt und Sozialversicherung der Kinderfrauen bekommen. Auch diese Zuschüsse sind einkommensabhängig und können je nach Alter der zu betreuenden Kinder zwischen 1.604 € und 535 €/Trimester variieren. Eltern können außerdem unabhängig vom Alter

ihrer Kinder Steuererleichterungen von bis zu 5.000 € im Jahr bekommen, wenn sie eine Kinderfrau im eigenen Heim engagieren. Diese Steuererleichterungen gelten nicht nur für die Kinderbetreuung zu Hause, sondern für die Einstellung von Personal in Privathaushalten allgemein und sollen dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und Schwarzarbeit zu bekämpfen.

Auch für französische Familien gibt es Kinderfreibeträge zur Steuerentlastung, die sich vor allem für höhere Einkommen auswirken. Die Berechnung des Steuersatzes erfolgt durch die Einbeziehung eines Familienquotienten, der abhängig von der Anzahl der unter 18-jährigen Kinder ist. Zusätzlich zu den *allocations familiales* werden in Frankreich mit dem dritten Kind einkommensabhängig Unterstützungszahlungen geleistet (*complément familial*). Bei mehreren Kindern liegt der Betrag durch die einkommensabhängige *complément familial* für einkommensschwache Familien höher als der für einkommensstarke Familien.

Auch die Unternehmen werden mit Steuererleichterungen dazu ermutigt, sich um unternehmensinterne Kinderbetreuung zu kümmern.

Erwerbstätigkeit

80 Prozent der Französinen mit zwei Kindern gehen ihrem Beruf nach (in Deutschland sind es nur knapp 60 Prozent). Von den Französinen mit zwei Kindern unter sechs Jahren arbeiten mehr als 70 Prozent. Die Soziologin Jeanne Fagnani meint dazu: „Bezahlte Arbeit ist konstitutiv für die Identität der französischen Mütter“. Außerdem fällt auf, dass der



Kinderwunsch mit zunehmender Bildung und gehobener Berufsposition nicht, wie vermutet werden könnte, sinkt, sondern steigt. Kinder sind in Frankreich kein Karrierehindernis; mit knapp 30 Prozent Frauen im französischen Topmanagement hält das Land den Europarekord. Der Frauenanteil im Management insgesamt beträgt ebenfalls um die 35 Prozent (vgl. Deutschland: weniger als 30 Prozent, FAZ 27.1.2005).

Es ist deshalb relativ verwunderlich, dass man in vielen Statistiken liest, der Anteil der arbeitenden Frauen in Deutschland läge mit knapp 58 Prozent um die 2 Prozentpunkte über dem der berufstätigen Französinen (56 Prozent insgesamt). Wie lassen sich solche Zahlen erklären? Zum einen weist die rela-

tive Armut vor allem der jüngeren Französinen auf eine verbreitete Jugendarbeitslosigkeit hin. Auch gehen viele Französinen, vor allem die im öffentlichen Sektor beschäftigten, bereits mit Mitte 50 in Pension. Auf die Gesamtzahl der berufstätigen Französinen zwischen 16 und 64 Jahren bezogen wirken sich diese Realitäten natürlich aus. Außerdem sollte in einer solchen Betrachtung auch bedacht werden, dass viele berufstätige Deutsche nur Teilzeitstellen besetzen oder sogar nur einen Tag pro Woche arbeiten, wogegen Französinen in der Regel eine volle 35-Stundenwoche haben.

Einkommen und Rente

Der Anteil der Frauen zwischen 25 und 54 Jahren, die einen Beruf ausüben, ist in den letzten 30 Jahren von weniger als 60 auf über 80 Prozent angestiegen. Diese Entwicklung wurde jedoch von einem Wandel in der Art und den Inhalten der Beschäftigungen begleitet: In der Industrie beträgt der Anteil der Frauen 28 Prozent, während die Frauenquote auf die Gesamtwirtschaft bezogen bei 45 Prozent liegt.

Stark gewachsen ist in den letzten Jahren vor allem der Dienstleistungsbereich, in dem mehrheitlich Frauen arbeiten. Hier haben sich verschiedene Formen atypischer, ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse wie Teilzeitarbeit, Zeitarbeit und zeitlich begrenzte Arbeitsverträge entwickelt, in denen viel mehr Frauen als Männer tätig sind. 85 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen; vor allem die unter 25-Jährigen und die über 55-Jährigen haben diese Situation oft nicht freiwillig gewählt.

Der SMIC, der garantierte Mindestlohn, beträgt derzeit 7,61 €/Stunde (Stand 1. 7. 04), 1.154,18 €/Monat. Doppelt so viele Frauen wie Männer sind SMIC-Empfänger.

Knapp 20 Jahre nach der Einführung eines Gesetzes zur beruflichen Gleichstellung beträgt der Unterschied zwischen den Gehältern für Frauen und Männer für dieselbe Art von Beschäftigung durchschnittlich immer noch 12 Prozent. Bei gleich langer Einzahlung in die Rentenkassen bekommen französische Rentnerinnen im Schnitt 18 Prozent weniger Rente ausbezahlt als französische Rentner.

Im direkten Vergleich mit den Männern gleichen Alters fällt auf, dass besonders zwei Gruppen von Frauen stärker von Armut betroffen sind: junge Frauen zwischen 18 und 29 (was wieder einen Hinweis auf eine relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit darstellt) und die über 75-Jährigen. Insgesamt hat die Altersarmut in den letzten 30 Jahren jedoch stark abgenommen.

Pflegeaufgaben für Frauen

Laut Claudine Attias-Donfut, Forschungsleiterin der „Caisse nationale d'assurance vieillesse“, bringt die zunehmende Alterung der Gesellschaft verstärkt Pflegeaufgaben für die jüngeren Familienangehörigen mit sich. Von 100 pflegebedürftigen Personen, die in ihrer eigenen Wohnung betreut werden, werden 83 Prozent von ihren nahen Angehörigen gepflegt, 10 Prozent von Angehörigen aus dem weiteren Familienkreis oder von Freunden. Nur 7 Prozent werden von professionellem Personal betreut.

Seit 2002 werden jedoch auch staatliche Pflegeleistungen gezahlt, die sich aus Steuermitteln und der Sécurité social (staatliche Krankenkasse) finanzieren. Die Zahl der Beihilfeempfänger lag im Juni bei 828.000. Von diesen Beihilfeempfängern lebten 57 Prozent zu Hause und 43 Prozent in einem Pflegeheim. Das Alter der Beihilfeempfänger ist sehr hoch: 84 Prozent sind über 75 Jahre alt, 41 Prozent über 85 Jahre. Die Höhe der Zahlungen ist abhängig von der Pflegestufe.

Entgegen der Meinung, die Familienbande würden sich heute immer weiter lockern, beobachtet Attias-Donfut, dass innerhalb der Familie „Service-Leistungen“ getauscht werden: Die Großeltern betreuen die Enkelkinder und erwarten dafür im Gegenzug von ihren Kindern, dass diese sich im Ernstfall persönlich um die Pflege der Eltern bemühen werden. Meist bleibt die Pflege Aufgabe der Frauen; doppelt so viele Frauen

wie Männer sind die hauptverantwortlichen Helfer eines Verwandten.

Anmerkung

Was das Problem der Überalterung der Bevölkerung und die zunehmende Zahl von Pflegefällen angeht, gibt es dafür von staatlicher Seite erst seit kurzer Zeit die 2002 eingeführte allocation personnalisée d'autonomie. Die Alterspflege wurde lange als „Privat-Problem“ eingestuft, für das zuerst innerhalb der Familie nach Lösungen gesucht werden sollte.

In Fragen der Gleichstellung gibt es auch in Frankreich noch einiges aufzuholen und zu verbessern, vor allem was Löhne und das Rentensystem betrifft.

Seit das Thema Familienpolitik in Deutschland mehr Aufmerksamkeit bekommt, wird von Journalisten und Politikern oft das „Modell Frankreich“ als Vorbild angeführt. Dabei kommt es aber oft zu Verallgemei-



Was das Problem der Überalterung der Bevölkerung und die zunehmende Zahl von Pflegefällen angeht, gibt es dafür von staatlicher Seite erst seit kurzer Zeit die 2002 eingeführte allocation personnalisée d'autonomie. Die Alterspflege wurde lange als „Privat-Problem“ eingestuft.

nerungen und oberflächlicher Darstellung der „paradiesischen französischen Zustände“, die so nicht der Wirklichkeit entsprechen. Auch in Frankreich gibt es noch Probleme, für die Lösungen gefunden werden müssen: Das Kindergeld fällt im Vergleich zu Deutschland sehr gering aus. Engpässe gibt es auch weiterhin bei der Betreuung der unter Dreijährigen. Trotzdem muss man feststellen, dass die Familienpolitik insgesamt einen hohen Stellenwert innerhalb der Gesellschaft einnimmt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für französische Mütter keine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland oder Irland und Italien klaffen Welten, wenn es um eine zukunftsorientierte Familienpolitik geht. Erst recht gilt das für ehemalige Ostblockstaaten. Einst war Frauen- und Familienpolitik quasi Staatsdoktrin, waren Berufarbeit und Mutterschaft relativ gut vereinbar. Wie sieht es heute aus mit der privaten Planungssicherheit für junge Menschen, die über Nachwuchs nachdenken? Oder: wie sieht es in einer ganz anderen Kultur aus, in diesem Fall in der türkischen? Wie ist dort die Stellung der Frauen zwischen Fortschritt und Tradition? Welche Auswirkung haben die dramatischen Umwälzungen auf die demografischen Entwicklungen? Als Beispiele für andere Länder hier ein genauerer Blick auf Polen, Russland und die Türkei:

Polen: Immer noch gilt – Familie oder Beruf

Wie stets in der Vergangenheit wird den Frauen in Polen bis heute eine starke Rolle in der Familie zugewiesen. Zwar ist der Mythos der „Matka Polka“, der Mutter Polin, längst nicht mehr so stark, begleitet aber als Symbol für Kraft, Aufopferung, Patriotismus und der tadelsfreien Erziehung der Kinder die Einstellung der polnischen Gesellschaft bis heute.

Das hat viel mit dem starken Einfluss der katholischen Kirche in Polen zu tun. Sie wirbt für das traditionelle Ehe-Modell und wendet sich scharf gegen Abtreibung und Empfängnisverhütung. Das hat dazu geführt, dass die Anti-Baby-Pille nicht mehr staatlich subventioniert wird. Offiziell sind 95 Prozent der Polen katholisch. Doch auch die starke Kirchen-Lobby scheint keine Garantie für eine große Kinderzahl zu bieten. Ebenso wie in anderen Ländern Europas sinkt die Geburtenrate in

Polen. Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes lag die Geburtenrate 1960 im Durchschnitt noch bei 2,98 Kindern, 1989/90 bei 2,0 und im Jahre 2003 nur noch bei 1,22 und ist damit niedriger als in Deutschland. Bis 1998 wuchs die Bevölkerung in Polen. Inzwischen sind leichte Rückgänge von 38,7 Millionen auf 38,2 Millionen zu verzeichnen. Auch Polen muss sowohl mit der Alterung wie auch der Schrumpfung der Bevölkerung rechnen. Das Statistikamt geht von zehn Prozent Einwohnern im Jahre 2030 aus.

Der starke Wandel in Polen hat mit der politischen Wende 1989 begonnen. Für den Bevölkerungsrückgang gibt es verschiedene Ursachen: Junge Menschen haben eine erheblich größere Wahlmöglichkeit als früher, wenn es um Bildung und Beruf geht. Offene Grenzen sorgen für Arbeitsmigration Richtung Wes-

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes lag die Geburtenrate 1960 im Durchschnitt noch bei 2,98 Kindern, 1989/90 bei 2,0 und im Jahre 2003 nur noch bei 1,22 und ist damit niedriger als in Deutschland. Bis 1998 wuchs die Bevölkerung in Polen. Inzwischen sind leichte Rückgänge von 38,7 Millionen auf 38,2 Millionen zu verzeichnen.



ten. Früher entschieden Familiengründung und -größe über die Wohnungszuteilung. Die einst gute soziale Infrastruktur machte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich. Heute wurden viele dieser Sozialleistungen zurückgenommen, und die ökonomischen Bedingungen sind schwierig. Steuerliche Erleichterungen für Familien gibt es nicht. Die Beiträge in kinderbetreuenden Institutionen werden laufend teurer, so dass die Kinderbetreuung wieder zur privaten Angelegenheit der Mütter wird. Das bedeutet oft den Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt.

Auch ältere Menschen spüren die Lücken in der sozialen Infrastruktur. Die Pflege alter und kranker Menschen ist weitgehend Familiensache. Alten- und Pflegeheime gibt es wenige, und meist sind sie schlecht ausgestattet. Senioren stehen nicht im Blickpunkt staatlicher Fürsorge. Die niedrigen Renten, hohen Arzneimittelpreise und ein sanierungsbedürftiges Gesundheitssystem erschweren ihnen das Leben. Die Folge: Eltern- und Großelternpflege ist Frauensache.

Auch auf dem Arbeitsmarkt sieht es für Frauen schlecht aus. Obwohl sie im Durchschnitt besser ausgebildet sind als die Männer, verdienen sie weniger und sind häufiger arbeitslos. Ihr Anteil an den Arbeitslosen liegt bei knapp 60 Prozent.

Es sind also viele Faktoren von Traditionen über die schwachen Sozialsysteme bis zur ungleichen Behandlung auf dem Arbeitsmarkt die zur schwierigen Lage der Frauen in Polen beitragen. Die Folge ist: Sie müssen sich entscheiden zwischen Familie und Beruf. Beides zu vereinbaren gelingt nur mit Hilfe privater Netze.

Russland: Instabile Familienverhältnisse



Russlands Bevölkerungsentwicklung wird seit einiger Zeit in düsteren Farben geschildert. Es geht dabei weniger um die Erkenntnis, dass die Einwohnerzahl im Trend zurückgeht. Vielmehr werden einige Ursachen dieser Abnahme als alarmierend angesehen, weil sie auf soziale Defizite hinweisen, die man in dieser Intensität nirgendwo sonst antrifft.

Russlands Männer haben eine Lebenserwartung von 58 Jahren, die niedrigste in Europa und in allen ehemaligen Staaten der Sowjetunion. Frauen hingegen erreichen mit durchschnittlich 72 Jahren ein vergleichsweise normales Lebensalter. Auf welche gesellschaftlichen Faktoren dies zurückzuführen ist, kann man dem Social Monitor 2004 der UNICEF entnehmen.

Mit der raschen Urbanisierung ab den sechziger Jahren ging eine Atomisierung der sozialen Beziehungen einher, die besonders unter Jugendlichen einen massiven Anstieg des Rauchens, des Alkoholismus und des Drogenkonsums mit sich brachte. Stressfaktoren im Zuge der zusammenbrechenden sowjetischen Ordnung kamen ab den achtziger Jahren hinzu. Jugendliche antworten auf die neue Welt der glitzernden Werbeversprechungen und der luxuriösen Konsumangebote angesichts einer wachsenden Armut-Reichtum-Schere mit immer weiter steigendem Risikokonsum von Zigaretten, Alkohol und harten Drogen.

Russen zeigen eine Neigung zur Missachtung von Gefahrenquellen. Getrunken wird, ohne auf das Etikett bzw. die Herkunft der Flasche zu schauen. Gearbeitet wird, ohne technische und organisatorische Sicher-

heitsbestimmungen zu beachten. Im Straßenverkehr geht es sorglos bis grob fahrlässig zu. 2003 starben 35.000 Personen aufgrund von Verkehrsunfällen.

Der Wert des Lebens junger Männer scheint erschreckend gering zu sein. Unter männlichen Jugendlichen von 15 bis 19 Jahren stirbt jedes Jahr einer von dreißig eines gewaltsamen Todes – durch Unfall, Vergiftung, Gewaltanwendung oder Selbstmord. Unter den weiblichen Jugendlichen ist die entsprechende Zahl eins zu 120. Für die russische Jugend beider Geschlechter liegen diese Zahlen deutlich über denen von Regionen, wie zum Beispiel dem Südkaukasus oder Mittelasien, wo die Gesellschaft nicht so urbanisiert und hinsichtlich der sozialen Kontrolle traditionaler strukturiert ist. Dafür ist die Zahl der Jugendlichen, die im Südkaukasus oder Mittelasien eines natürlichen Todes sterben, höher als in Russland. Die Wahrscheinlichkeit eines unnatürlichen Todes zu sterben, ist für russische

Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren mehr als viermal so hoch als für ihre westeuropäischen Altersgenossen.

Selbstmord kommt unter russischen Jugendlichen dreimal so häufig vor wie unter westeuropäischen. Extrem niedrig ist im Vergleich dazu die Selbstmordrate im Kaukasus und in Mittelasien. Sie ist sogar zehnmal niedriger als in Westeuropa. Bei Mord und Totschlag als Todesursache ist die Häufigkeit in Russland für Jugendliche zwanzigmal höher als in Westeuropa und hat den bei weitem höchsten Wert unter allen hier betrachteten Staaten.

Insgesamt steigt Russlands Sterberate seit vielen Jahren im Trend an und ist inzwischen die höchste unter allen betrachteten Staaten. Da die Geburtenrate rückläufig ist, konnten auch die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nach Russland immigrierten Menschen – zwischen 1989 bis 2003 waren es etwa fünf Millionen – den Bevölkerungsrückgang nicht verhindern. Die Zahl

der Erstgeburten war Anfang der neunziger Jahre deutlich gesunken, was auf wirtschaftliche Probleme, neue Konsumansprüche und allgemeine Zukunftsängste der Jungverheirateten zurückgeführt wird.

Das Heirats- und Scheidungsverhalten in Russland liegt ebenfalls außerhalb der Norm: In Russland wird am schnellsten geheiratet, und die Scheidungsrate ist die höchste von allen Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion.

Das frühe Heiraten wird mit der stark negativen Einstellung der älteren Generation zur Sexualität außerhalb der Ehe erklärt. Die Eltern kümmern sich möglichst lange intensiv um ihre Kinder, die ihrerseits durch schnelle Eheschließung in ein freieres Sexualleben ausbrechen. Aufgrund mangelnder Reife sowie aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit gehen diese Ehen oft nach kurzer Zeit wieder auseinander. Erneute Heirat und möglicherweise auch eine zweite Scheidung führen statistisch dazu, dass in Russ-

In Russland leben die relativ meisten Kinder in Waisen- und Pflegeheimen. Die Ursache liegt nicht zuletzt bei den viel zu jungen Elternpaaren und ihren instabilen Lebensumständen, für die ihre Kinder eine Last auf dem Weg zu einem besseren Leben erscheinen – besonders nach einer gescheiterten ersten Ehe.





Das Heirats- und Scheidungsverhalten in Russland liegt ebenfalls außerhalb der Norm: In Russland wird am schnellsten geheiratet, und die Scheidungsrate ist die höchste von allen Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion.

land pro 1.000 Menschen doppelt so oft geheiratet wird wie zum Beispiel in Georgien, dass aber ebenso die Scheidungsrate in Russland höher als überall sonst ist.

Russland hat die pro Kopf häufigsten Abtreibungsfälle. Die hohen Abtreibungsraten mögen auch mit der russischen Neigung zusammenhängen, hohe Gesundheitsrisiken vergleichsweise sorglos in Kauf zu nehmen. Sie hängen auf jeden Fall mit mangelnder Aufklärung und den hohen Kosten für Antibaby-Pillen zusammen. Sexualkunde und Unterricht über Familienplanung findet in den Schulen nicht statt. Verhütung gilt als Angelegenheit der Frauen. 2002 kamen auf hundert Lebendgeburten 139 Abtreibungen. Hier gab es allerdings einen deutlichen Rückgang, denn 1993 waren es noch 235

Abtreibungen pro hundert Lebendgeburten.

In Russland leben die relativ meisten Kinder in Waisen- und Pflegeheimen. Die Ursache liegt nicht zuletzt bei den viel zu jungen Elternpaaren und ihren instabilen Lebensumständen, für die ihre Kinder eine Last auf dem Weg zu einem besseren Leben erscheinen – besonders nach einer gescheiterten ersten Ehe. Von den unter 17-jährigen Russen lebt einer von 70 in solchen Heimen. In der Ukraine sind es dreimal weniger, in Mittelasien noch deutlich weniger.

Für die jungen russischen Frauen bedeuten diese Aussagen, dass sich die im zwanzigsten Jahrhundert geschaffene soziale Realität fortsetzt, wonach in Russland Männerknappheit und instabile Familienverhält-

nisse herrschen. Stalinistische Politik und Hitlers mörderischer Krieg hatten die Zahl der Männer stärker dezimiert als die der Frauen und hatten die Familien auseinandergerissen. Die Spätphase der Sowjetunion und ihr Zerfall haben die russischen Frauen in keine bessere Lage gebracht. Bei diesen Überlegungen ist noch gar nicht berücksichtigt, dass die tödliche Immunschwäche Aids unter Russlands Männern rasant zunimmt. Allerdings: Die Steigerungsrate HIV-positiv getesteter Frauen steigt in Russland noch schneller und zählt zu den weltweit höchsten. Die Seuche breitet sich mit beängstigender Geschwindigkeit aus. Soziale Indikatoren zeichnen wie auch die Geburten- und Todesraten selbst ein düsteres Bild von der demografischen Entwicklung Russlands.



In der Türkei nimmt die Zahl der Lese- und Schreibkundigen sowohl bei Frauen wie bei Männern kontinuierlich zu. 1935 konnten 29,4% der Männer und nur 9,8% der Frauen lesen und schreiben. Im Jahr 2000 konnten 93,9% der Männer und 80,6 Prozent Frauen lesen und schreiben.

Türkei: Die Familien werden kleiner

Nach der Volkszählung von 2000 leben in der Türkei 68 Millionen Menschen. Das Bevölkerungswachstum lag zwischen 1990 bis 2000 bei 18,3%, zwischen 1980 und 1985 waren es noch 24,9% gewesen. Der Trend geht also in Richtung eines verlangsamten Wachstums. Dies bedeutet unter anderem, dass in Zukunft der Anteil der jungen Bevölkerung deutlich abnehmen wird.

Im Jahr 2000 war die Hälfte der weiblichen Bevölkerung jünger als 25,3 Jahre und die Hälfte der männlichen Bevölkerung jünger als 24,4 Jahre alt. Nach demografischen Gesichtspunkten geordnet betrug in den Jahren 1990 bis 2000 die Wachstumsrate bei der jungen Bevölkerung (0-15 Jahre) 2,4%, bei der produktiven Bevölkerung (15-64 Jahre) 24,3%, bei der alten Bevölkerung (65+) 46,8%. In absoluten Zahlen: 20 Millionen Kinder und Jugendliche, 44 Millionen im produktiven Alter, 4 Millionen im Rentenalter.

Die Familien werden kleiner. Im Jahr 2000 zählten im Durchschnitt 4,5 Personen zu einer Familie, im

Jahr 1955 waren es noch 5,7. Bei dieser Durchschnittszahl sind aber die starken regionalen Unterschiede zu berücksichtigen: Im Südosten zählen 8,2 Personen zu einer Familie, im Westen nur 3,3 Personen.

1950 lebte nur ein Viertel der Bevölkerung in Städten, im Jahr 2000 waren es fast zwei Drittel. Dieser Trend setzt sich fort, wobei allerdings der starke Anstieg der städtischen Bevölkerung teilweise ein Ergebnis der verwaltungsmäßigen Reorganisation nach 1980 ist. In den Jahren nach 1980 wurden manche Dörfer zu – städtischen – Bezirken zusammengefasst. Die Rate des Bevölkerungswachstums in der Stadt beträgt 26,8%, im Dorf liegt sie bei 4,2%.

Bildung

In der Türkei nimmt die Zahl der Lese- und Schreibkundigen sowohl bei Frauen wie bei Männern kontinuierlich zu. 1935 konnten 29,4% der Männer und nur 9,8% der Frauen lesen und schreiben. Im Jahr 2000 konnten 93,9% der Männer

und 80,6 Prozent Frauen lesen und schreiben.

Die Rate der Grundschulabsolventen lag 1975 bei Jungen bei 17%, bei Mädchen bei 7,9%. Im Jahr 2000 lag der Prozentsatz bei Jungen bei 43,6% und bei Frauen bei 26,6%. Seit 1997 sind 8 Jahre Grundschule Pflicht, was sich vor allem für die Mädchen positiv ausgewirkt hat.

Im Jahr 2000 war die Zahl der Männer mit einem sekundären Bildungsabschluss 2,1-mal höher als bei den Frauen, die Zahl der Männer mit Hochschulabschluss war 1,8-mal höher als bei den Frauen. Im Bildungsbereich selbst einschließlich der Universitäten ist bei den Lehrern und Professoren der Anteil der Frauen etwas höher als der der Männer. Besonders bei den Ingenieurwissenschaften und bei den Naturwissenschaften ist diese Gleichheit für Westeuropäer auffällig. 1975 waren 4% der Männer und 0,7% der Frauen Absolventen von Universitäten. Im Jahr 2000 waren es 10,2% bei den Männern und 5,4% bei den Frauen.

Ehestand

Der Anteil der Verheirateten liegt bei 60%. Etwa 90% der Frauen und 80% der Männer heiraten, bevor sie 30 Jahre alt sind. 26% der Frauen heiraten sogar vor ihrem einundzwanzigsten Lebensjahr, dagegen nur 4% der Männer. Die jährliche Scheidungsrate beträgt weniger als ein Promille. Von diesen wenigen Scheidungen findet fast die Hälfte (43,85%) bei kinderlosen Paaren statt.

Geburten

Die Kinderzahl pro Frau hat in den letzten 40 Jahren etwa um 48% abgenommen. 1960 brachten 1.000 Frauen 698 Kinder zur Welt, im Jahr 2000 nur noch 362 Kinder. Eine Frau, die in einem Dorf lebt, bekommt heute durchschnittlich zwischen ihrem 15. und ihrem 50. Lebensjahr 3 Kinder, eine Frau in der Stadt 2,2 Kinder.

Erwerbsquote und Beschäftigung

Zwischen 1980 und 2000 hat die Erwerbsquote kontinuierlich abgenommen. Sie lag 1980 bei Männern bei etwa 80% und bei Frauen bei 45%. 2004 lauteten die entsprechenden Zahlen bei Männern 70,67% und bei Frauen 39,6%. Insgesamt 76% der beschäftigten Frauen arbeiten in der Landwirtschaft. Die Mehrheit der in den Städten beschäftigten Frauen ist im Dienstleistungsbereich tätig. Nur 14% der Männer, aber 69% der Frauen arbeiten unbezahlt im Familienbetrieb.



Nach den Daten des Jahres 2000 (jüngere stehen noch nicht zur Verfügung) waren in den Städten 23,1% der Frauen und 13,7% der Männer arbeitslos. In den Bezirken waren dies 29% der Frauen und 19,3% der Männer, in den Dörfern 0,7% der Frauen und 1,6% der Männer. 61% der arbeitslosen Bevölkerung waren jünger als 30 Jahre. Bei diesen Angaben ist allerdings zu berücksich-

tigen, dass es einen großen „grauen“ Arbeitsmarkt gibt, der statistisch weitgehend nicht erfasst wird.

Einkommen

2000 betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Türkei 6.974 US-Dollar. Bei Frauen waren es 4.703 US-Dollar, bei Männern 8.104 US-Dollar.